

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.
Frank Thies und Daniele Cipriano

Anfrage per Mail: bijou@bine.net

Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

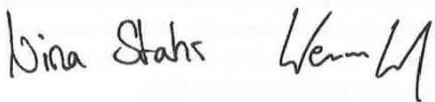
Berlin, 13. September 2021

Wahlprüfsteine BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.

Sehr geehrte Frau Cipriano, sehr geehrter Herr Thies,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Wahlprüfsteine BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.

Zu Frage 1:

Ja, bei BÜNDNIS 90/DIE Grünen gibt es bisexuelle Politiker*innen wie Ricarda Lang, Mitglied im Bundesvorstand der Partei. Weitere bisexuelle Politiker*innen engagieren sich im Rahmen der Landes- oder Bundesarbeitsgemeinschaften QUEERGRÜN oder in anderen Zusammenhängen der Partei, dabei gehen sie in der Öffentlichkeit unterschiedlich mit ihrer sexuellen Identität um.

Zu Frage 2:

Wir kämpfen für ein inklusives Gesundheitssystem, das allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist. Insbesondere vulnerable Gruppen, darunter auch LSBTIQ*, müssen einen besseren Zugang zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung bekommen. Wir wollen das Gesundheitssystem inklusiver für LSBTIQ* machen und an den besonderen Bedarfen von LSBTIQ* ausrichten sowie eine Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen einrichten. Diskriminierung macht krank, verstärkt das persönliche Risikoverhalten und hat erhebliche psychische Folgen. Neben dem Kampf gegen Diskriminierung wollen wir daher auch den psychosozialen Auswirkungen von Diskriminierung, wie sie insbesondere auch bisexuelle Menschen treffen, systematisch entgegengetreten.

Zu Frage 3:

Im Rahmen des Berliner Aktionsplans gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit, der IGSV – Initiative für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt –, nimmt der Bereich Schule und Bildung einen besonderen Stellenwert mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog ein. Wir unterstützen die entsprechenden Initiativen zum Abbau von Diskriminierung und zur Stärkung von Vielfalt an Schulen ausdrücklich. Daher haben wir die Einrichtung der Fachstelle queere Bildung mit initiiert und den Ausbau einer progressiven Sexualpädagogik unterstützt. Besonders wichtig sind uns Peer-to-peer-Beratungsansätze, bei denen Schüler*innen altersgerecht angesprochen werden. Wir sind der Überzeugung, dass alle Angebote für queere Jugendliche oder zur Aufklärung und Sensibilisierung an Schule dezidiert auch bi-inklusiv sein müssen.

Zu Frage 4:

Uns ist wichtig, dass bei der Weiterentwicklung der „Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ auch die besonderen Bedarfe von bisexuellen Berliner*innen berücksichtigt, Bi-Feindlichkeit ausdrücklich als eigenes Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick genommen und eigene Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den bisexuellen Aktivist*innen unserer Stadt entwickelt und

aufgenommen werden. Die Grüne Fraktion hat mit Anja Kofbinger und Sebastian Walter bereits im März 2021 ein Fachgespräch „Bi in Berlin – wir müssen reden!“ durchgeführt und dabei Ideen und Anregungen, Hinweise und Forderungen für den politischen Prozess aufgenommen

(Veranstaltungsbericht: <https://sebastian-walter.berlin/veranstaltungsbericht-bi-in-berlin/>).

Zu Frage 5:

Im Rahmen der IGSV ist auch vorgesehen, die Erkenntnisgrundlagen zu verbessern, wozu auch die Beauftragung und Ausschreibung von Studien und Forschungen gehört. Für uns ist selbstverständlich, dass dabei LSBTIQ* - und damit auch bisexuelle Menschen – gleichermaßen berücksichtigt und mittelfristig Forschungslücken in allen gesellschaftlichen Bereichen geschlossen werden – am besten in Kooperation mit dem Bund, anderen Bundesländern und den entsprechenden Forschungseinrichtungen.

Zu Frage 6:

Bisexuelle Sichtbarkeit ist wichtig und uns ein Anliegen. Daher möchten wir zum Beispiel, dass auch Berlin am Bi Visibility Day Solidarität zeigt und die Bi-Fahne hisst. Die von Ihnen beschriebenen Aktionen gingen vor allem von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus. Aus unserer Sicht ist das der richtige Weg. Wir stehen sehr gerne zu Gesprächen mit BiBerlin e.V. bereit, um gemeinsam zu überlegen, wie bei der Realisierung solcher Projekte, Aktionen und Initiativen eine konkrete Unterstützung durch das Land Berlin gewünscht ist und realisiert werden kann.

Zu Frage 7:

Gewalt und Hasskriminalität gegenüber LSBTIQ* ist in Berlin auf unverändert hohem Niveau. Gerade in den letzten Monaten ist zudem eine besondere Verrohung und Härte der Gewalt festzustellen. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Berlin erfasst als eines der wenigen Bundesländer Hassgewalt gegen LSBTIQ* gesondert und berichtet auch öffentlich darüber. Auch die LSBT-Ansprechpersonen bei der Polizei sind wichtig, um das Vertrauen von LSBTIQ* in die Polizei zu erhöhen und damit das unverändert hohe Dunkelfeld durch Anzeigen zu verringern. In der IGSV sind zahlreiche Maßnahmen der Prävention, des Opferschutzes und der Aufklärung verankert. Uns war es besonders wichtig, die Beratungsstrukturen und die Opferhilfe weiter zu stärken, Prävention gerade auch in den Außenbezirken auszubauen und ein stadtweites Monitoring zu etablieren – siehe: <http://www.lsbti-monitoring.berlin/de/monitoring/>. Dabei wurde zunächst ein besonderer Schwerpunkt auf lesbenfeindliche Gewalt gelegt, aktuell auf Gewalt und Hass gegenüber trans Berliner*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Hass und Gewalt gegen bisexuelle Berliner*innen systematisch untersucht und adäquate Beratungs- und Präventionsstrukturen entwickelt werden.

Zu Frage 8:

Die von Ihnen hier erhobenen politischen Forderungen sind auch für uns zentral und wir tragen sie allesamt mit. Auf Bundes- wie Landesebene haben wir uns – zum Beispiel durch entsprechende Bundesratsinitiativen – bereits für eine Durchsetzung stark gemacht. Bislang fehlten dazu die Mehrheiten. Auch deswegen ist die Wahl am 26. September so wichtig!

Zu Frage 9:

Unser Kampf für die Rechte von LSBTIQ* macht nicht an den Stadtgrenzen halt! Wir waren in diesem und im letzten Jahr beim CSD in Slubice und haben unsere queeren Geschwister in Polen unterstützt. Ihre Menschenrechte sind nur 100 Kilometer von hier ganz real von staatlicher Repression bedroht, gerade wenn sogenannte LSBTIQ-freien Zonen eingerichtet werden. Berlin hat Partnerstädte in Polen, aber auch in Russland und Ungarn, wo die Situation kaum besser ist. Wir hätten uns da kritische Worte vom Regierenden Bürgermeister gewünscht, auch bei seiner Reise nach Moskau. Berlin wird als starke Stimme für queere Rechte gebraucht. Leider ist dies unterblieben. Wir wollen das anders machen und uns im Rahmen unserer Städtepartnerschaften und der internationalen Zusammenarbeit klar zu Menschenrechten äußern!